



GESUNDHEITSPOLITIK IM KANTON BERN: INNOVATION UND INTEGRIERTE VERSORGUNGSMODELLE STATT STRUKTURERHALT

AUSGANGSLAGE

Die Gesundheitsversorgung im Kanton Bern steht vor grossen Herausforderungen. Auf der einen Seite verändert und vergrössert sich der Bedarf nach Versorgungsleistungen aufgrund des medizinischen Fortschritts, neuer Behandlungsmöglichkeiten und einer besseren Lebenserwartung. Auf der anderen Seite steigen die Gesundheitskosten, die im stationären Bereich zu 55 Prozent durch kantonale Steuermittel und zu 45 Prozent durch Kopfprämien der Krankenkassen finanziert werden. Der Kanton Bern hat im Jahr 2014 die Spitalpflegekosten mit einer Milliarde Franken finanziert, was 10 Prozent der Gesamtausgaben des Kantons entspricht. Im ambulanten Bereich läuft die Finanzierung über die Krankenkassen.

Die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung stellen für Berner Haushalte eine zunehmende Belastung dar und betragen durchschnittlich 13 Prozent des Haushaltseinkommens. Mit dem massiven Abbau bei den Krankenkassen-Prämienverbilligungen werden die Gesundheitsausgaben gerade für Familien, ältere Menschen und den Mittelstand zu einem noch grösseren finanziellen Problem.

Die im Januar 2014 eingereichte Spitalstandort-Initiative fordert eine gesetzliche Verankerung der regionalen Spitalstandorte mit einer umfassenden Spitalversorgung sowie mit 24-Stunden-Notfall, Chirurgie, Innerer Medizin, Gynäkologie/Geburtshilfe in Aarberg, Frutigen, Langnau, Moutier, Münsingen, Riggisberg, Saint-Imier und Zweisimmen. Die Zusatzkosten der Initiative zu Lasten des Kantons dürften für acht Jahre zwischen einer Viertelmilliarde und einer Milliarde Franken betragen. Der Grosse Rat wird im November 2015 über die Initiative befinden.



RESOLUTION

FÜR EINE GRÜNE GESUNDHEITSVERSORGUNG IM KANTON BERN

- 1. Dezentrale Gesundheitsversorgung anhand der Behandlungspfade der PatientInnen fördern:** Der Kanton Bern fördert eine gute dezentrale Gesundheitsversorgung sowohl im stationären wie auch im ambulanten Bereich anhand der Behandlungspfade der PatientInnen. Dazu braucht es neben den Spitälern innovative Versorgungsmodelle, die in der Bevölkerung verankert sind, wie zum Beispiel Gesundheitszentren oder Ärztezentren.
- 2. Ambulante, interprofessionelle Grundversorgungsmodelle fördern:** Der Kanton Bern fördert ambulante, interprofessionelle Grundversorgungsmodelle mit ÄrztInnen sowie mit pflegerischem, therapeutischem und weiterem Fachpersonal zum Auffangen des Mangels an HausärztInnen. Pilotprojekte im Bereich Advanced Practitioner Nurse (APN) durch entsprechende Pilotstudiengänge an der Fachhochschule werden durch Bund und Kanton unterstützt und finanziert.
- 3. Gute Ausbildung, Arbeits- und Anstellungsbedingungen sicherstellen:** Eine hohe Kompetenz des medizinischen und pflegerischen Personals ist zentral für die Versorgungsqualität. Dies wird durch gute und in genügender Zahl vorhandene Ausbildungsplätze gewährleistet und gefördert. Es bedarf fortschrittlicher Arbeits- und Anstellungsbedingungen, die Beruf und Familie vereinbaren lassen. Die bestehenden und bewährten GAV für das Personal Bernischer Spitäler und das Personal in Langzeitinstitutionen sollen weiter ausgebaut werden. Auch für den Spitex-Bereich braucht es einen GAV; er soll verhindern, dass sich die privaten, gewinnorientierten Anbieter mit einer Verschlechterung der Anstellungsbedingungen einen Vorteil verschaffen.
- 4. Nein zur schädlichen Spitalstandort-Initiative:** Die Grünen lehnen die Spitalstandort-Initiative ab, die einzig den Strukturerthalt zum Ziel hat und aufgrund zu kleiner Fallzahlen die Qualität der Versorgung gefährdet.
- 5. Prämienbelastung reduzieren:** Die Belastung der PrämienzahlerInnen muss auf ein vernünftiges Mass beschränkt werden. Der Kanton Bern muss seine Ausgaben für die Krankenkassen-Prämienverbilligungen wieder deutlich erhöhen und die Sparmassnahmen von 2013 rückgängig machen, wie es die von rund 20'000 BernerInnen unterschriebene Initiative «Ja zu den bewährten Prämienverbilligungen – für Familien und Mittelstand» fordert, die Anfang November 2015 eingereicht wird.
- 6. Kein Abbau bei den Prämienverbilligungen:** Die Grünen engagieren sich im Rahmen der Referendumsabstimmung vom 28. Februar 2016 für ein 2 x Nein zum Gesetz und zum bürgerlichen Eventualantrag. Damit wird sichergestellt, dass das einkommensschwächste Viertel der Bevölkerung weiterhin Prämienverbilligungen erhält.
- 7. Massnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention stärken:** Todesfälle in der Schweiz sind insbesondere auf vier nichtübertragbare Krankheiten zurückzuführen: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Krankheiten der Atmungsorgane und Diabetes. Deren Behandlung ist teuer und für Patienten langwierig und schmerzhaft. Hier soll der Kanton Massnahmen verstärken, die Erkrankungen zu vermeiden, die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zu stärken und Behandlungsprozesse bei chronischen Krankheiten zu verbessern.

Delegiertenversammlung Grüne Kanton Bern, 27. Oktober 2015, Bern